

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Landtag, 1. Kammer - digitalisiert

Baden / Ständeversammlung

Karlsruhe, 1819 - 1918

12. Sitzung (28.02.1880)

urn:nbn:de:bsz:31-28968

Zwölfte öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, den 28. Februar 1880.

Gegenwärtig:

Die in der vorigen Sitzung erschienenen Mitglieder mit Ausnahme Seiner Erlaucht des Herrn Grafen zu Leiningen-Billigheim und des Herrn Freiherrn von St. André.

Von Seiten der Regierungskommission:

Der Präsident des Handelsministeriums, Herr Staatsminister Turban, Herr Geheime Referendar von Stöffer; die Herren Ministerialräthe Glockner und Bittel.

Unter dem Vorsitze des Präsidenten, Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten Obkircher.

Der Präsident eröffnet die Sitzung mit der Mittheilung, daß Freiherr von St. André sein Ausbleiben aus heutiger Sitzung entschuldigt habe,

Beilage Nr. 155 (ungedruckt).

Von der zweiten Kammer sind Mittheilungen eingekommen, betreffend die Gesetzesentwürfe über

1) die allgemein wissenschaftliche Vorbildung der Geistlichen,

Beilage Nr. 156;

2) die Abänderung der Wahlordnung zur Verfassungsurkunde — nach der Fassung der ersten Kammer angenommen,

Beilage Nr. 157 (ungedruckt);

3) Maßregeln gegen die Reblaus-Krankheit — ebenso angenommen,

Beilage Nr. 158 (ungedruckt);

4) die Steuererhebung im Monat März 1880,

Beilage Nr. 159.

Ferner ist eingelaufen eine Petition des Gemeinderaths in Auenheim, Verlängerung eines hinter dem Uferbau liegenden Schutzdammes auf dortiger Gemarkung betreffend,

Beilage Nr. 160 (ungedruckt).

Dieselbe wird der Kommission für Eisenbahnen und Straßen zugewiesen.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet die Erstattung und Berathung des Berichts der Budgetkommission über den Gesetzesentwurf, die Fortherhebung der Steuern im Monat März 1880 betreffend.

Der Bericht wird von Geheimerath Dr. Knies mündlich erstattet und schließt mit dem Antrage auf unveränderte Annahme des Entwurfs und Berathung in abgekürzter Form.

Das Haus genehmigt die abgekürzte Berathung und schreitet ohne Diskussion zur namentlichen Abstimmung, welche mit der einstimmigen Annahme des Entwurfs endigt.

Es folgt als letzter Gegenstand der Tagesordnung die Berathung des von Freiherrn von Bodman erstatteten Berichts der Budgetkommission über das Budget des Handelsministeriums für 1880 und 1881,

Beilage Nr. 161.

Nachdem der Berichterstatter einige Beresehen im Berichte richtig gestellt, wird sofort in die Einzelberathung eingetreten.

Zu Titel III. der Ausgabe, für Beförderung der

Gewerbe, §. 14 Uhrmacherische Furtwangen, ergreift das Wort

Faller: Im Kommissionsbericht der zweiten Kammer sei bemerkt, es müsse wegen des geringen Besuches die Aufhebung dieser Schule in Erwägung gezogen werden. Es sei allerdings richtig, daß in den letzten Jahren die Schule im Verhältniß zu den Auslagen nicht sehr besucht war. Es rühre das zum Theil von zufälligen Umständen, hauptsächlich aber von der in den letzten Jahren in der Uhrenfabrikation herrschenden Krisis her. Man dürfe aber wohl annehmen, daß mit Eintritt besserer gewerblicher Verhältnisse auch der Schulbesuch wieder zunehmen werde. Es erscheine ihm durchaus nothwendig, daß der Staat diese Schule noch einige Zeit unterstütze, und zwar auch deshalb, weil die württembergische Regierung sehr viel für die Gewerbe im Schwarzwald thue und bemüht sei, einige im badischen Schwarzwald heimische Fabrikationszweige zu sich hinüberzuziehen.

Zu Titel IV. für Beförderung der Landwirthschaft, §. 21 für Förderung der Witterungskunde, spricht

Freiherr von Göler seine Freude darüber aus, daß die Großherzogliche Regierung sich entschlossen habe, in dieser wichtigen Frage praktisch vorzugehen und zu prüfen, inwieweit der Landwirthschaft auf diesem Wege Vortheil gebracht werden kann. Er begrüße dies Vorgehen um so mehr, als bereits in anderen Ländern, z. B. in der Schweiz, schöne Erfolge erzielt wurden.

Zu §. 26, für die landwirthschaftliche Lehranstalt auf der Hochburg, spricht Graf von Kageneck seine hohe Befriedigung über die dieser Anstalt zugewendete Unterstützung aus und hofft, daß sich dieselbe mit der Zeit noch erhöhen werde. Es fehle in unserem Lande an einer eigentlichen landwirthschaftlichen Mittelschule; der Zwischenraum zwischen den landwirthschaftlichen Winterschulen und dem landwirthschaftlichen Institut an der Hochschule zu Heidelberg sei zu groß. Was die ersteren betreffe, so könnten dieselben, trotz allen Fleißes und Eifers der landwirthschaftlichen Wanderlehrer, nicht das leisten, was man sich von ihnen versprochen habe. Einmal sei der Bildungsgrad der jungen Leute, welche diese Schulen besuchen, da sie kaum der Volksschule entwachsen seien, viel zu gering; andererseits sei die Zeit zu kurz und nicht mit praktischen Uebungen verbunden. Was Noth thue, das sei eine landwirthschaftliche Mittelschule, welche die Söhne der Landwirthe, die etwa 40 bis 60 Morgen Grund

und Boden haben, aufnimmt und die es ihnen ermöglicht, dort Kenntnisse, Verständniß und Liebe zu ihrem Beruf zu erlangen. Es sei jedoch hierbei zu beachten, einmal daß die Beiträge der Schüler nieder gestellt werden und zum Andern, daß der Anstalt die Befugniß zur Ausstellung von Berechtigungsscheinen zum einjährig-freiwilligen Militärdienst zuertheilt wird. In der letzteren Hinsicht verweise er auf die Nachteile, die der jetzige Zustand mit sich führe. Die jungen Leute besuchten allerlei Institute, um diese Berechtigung zu erlangen, und wenn sie nach Hause kämen, hätten sie die Lust zur Landwirthschaft verloren, verkauften oder verpachteten später das väterliche Erbe und zögen in die Stadt. Dadurch werde dann das Gleichgewicht zwischen Stadt und Land gestört.

Die Hochburg scheine ihm vor Allem der geeignete Platz für eine solche Anstalt zu sein; abgesehen von anderen Vortheilen komme namentlich in Betracht, daß es hier ermöglicht werden könnte, mit der landwirthschaftlichen Lehranstalt eine Weinbau-Schule zu verbinden, welche bei dem großen Raume, den der Weinbau auf unseren Kulturlächen einnehme, ein unbedingtes Bedürfniß sei.

Staatsminister Turban: Er müsse in einem Punkte dem Vorredner entgegenreten.

Es sei nicht beabsichtigt, die Neu-Organisation der Anstalt auf der Hochburg in der Weise durchzuführen, daß sie die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst verleihen kann. Das würde eine ganz andere Einrichtung, eine völlige Umgestaltung des Schulplans, eine bedeutende Vermehrung des Lehrpersonals bedingen. Die Großherzogliche Regierung beabsichtige vielmehr, eine praktische Schule einzurichten, wie solche in Oesterreich bestehen, wobei Vorsorge dafür getroffen werden soll, daß diejenigen, welche nach ihren Verhältnissen nicht in der Lage sind, diese Schule in beiden Jahreskursen zu besuchen, dieselben in einem Jahreskurse absolviren können.

In Bezug auf das über die landwirthschaftlichen Winterschulen Bemerkte möchte er behaupten, daß der Herr Vorredner den Werth dieser Schulen unterschätze.

Geheimerath Dr. Knies: In Hannover habe man den Versuch gemacht, landwirthschaftliche Schulen, wie sie Graf von Kageneck wünsche, einzuführen. Die Folge sei gewesen, daß die Ertheilung von Berechtigungsscheinen zum einjährig-freiwilligen Dienst zum Hauptzweck gemacht wurde, während die eigentlichen Zwecke der Anstalt in den Hintergrund traten. Er

müsse sich gegen solche Anstalten erklären. Die jungen Leute müßten sich mit so vielen andern Dingen beschäftigen, daß der eigentliche Zweck, die Kenntniß der Landwirthschaft, nicht erreicht werden könne.

Zu Titel VI., Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßen-Baues, A. Ordentlicher Etat, III. Katastervermessung, richtet

Graf von Verlichingen an die Großherzogliche Regierung die Bitte, die betreffenden Behörden anzuweisen, Privaten oder Gemeinden, deren Gebäude bereits vermessen sei, auf Wunsch eine Karte über die Vermessung, oder, wenn dies nicht angehe, wenigstens eine Abschrift — gegen Bezahlung — zukommen zu lassen. Es komme oft vor, daß Grenzsteine verloren gehen, deren Wiedererrichtung werde erschwert, weil die Gemeinden keine Karten hatten, Abschriften aber nur auf Umwegen erlangen könnten.

Ministerialrath Zittel: Es seien bereits für etwa 800 Gemeinden Karten fertig gestellt, welche an die Gemeinden abgegeben werden sollen, sobald dieselben

die nöthige Vorsorge für deren ordnungsgemäße Aufbewahrung getroffen haben würden. In letzterer Beziehung seien besondere Weisungen ergangen. Es seien übrigens bisher schon Kopien an Gemeinden auf deren Wunsch abgegeben worden; es werde wohl eine Anordnung getroffen werden können, daß den Wünschen der Gemeinden Genüge geleistet wird.

Im Uebrigen wird das Wort nicht gewünscht.

Das Haus schreitet zur Abstimmung, welche die einstimmige Annahme des Budgets nach dem Kommissionsantrage ergibt.

Hierauf wird nach Festsetzung von Zeit und Tagesordnung für die nächste Sitzung die heutige Sitzung geschlossen.

Zur Beurkundung:

Die Sekretäre:

Freiherr von Marschall.
Ed. Kölle.